



Vorlage an den Landrat

betreffend Staatsrechnung 2005

vom 24. März 2006

INHALTSVERZEICHNIS

1. VORBEMERKUNG	3
2. RAHMENBEDINGUNGEN.....	3
2.1 VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	3
2.2 FINANZLAGE DES BUNDES	4
3. ÜBERBLICK UND GESAMTBEURTEILUNG	4
3.1 WÜRDIGUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES	4
3.2 ÜBERBLICK ÜBER DIE GESAMTRECHNUNG	5
3.3 ENTWICKLUNG DER SELBSTFINANZIERUNG	8
3.4 FINANZKENNZAHLEN	9
4. ANALYSE DER RECHNUNG 2005.....	11
4.1 ENTWICKLUNG DES AUFWANDES NACH ARTENGLIEDERUNG	11
4.2 ENTWICKLUNG DES ERTRAGS NACH ARTENGLIEDERUNG.....	13
4.3 KOMMENTAR ZUM SEKTOR GESUNDHEIT	19
4.4 KOMMENTAR ZUM SEKTOR BILDUNG	21
4.5 LEISTUNGSAUSTAUSCH MIT BASEL-STADT.....	23
4.6 BEMERKUNGEN ZUR INVESTITIONSRECHNUNG	24
5. VERMÖGENS- UND SCHULDENMANAGEMENT.....	25
6. ÜBERFÜHRUNG AKTIEN UND ANTEILSCHEINE IN DAS VERWALTUNGSVERMÖGEN	28
7. ABSCHLÜSSE DER AUSGELAGERTEN ORGANISATIONSEINHEITEN UND DER SELBSTÄNDIGEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN ANSTALTEN.....	28
7.1 MOTORFAHRZEUGPRÜFSTATION BEIDER BASEL (MFP).....	28
7.2 ÜBERGABEBILANZEN FHBB UND HPSA-BB.....	29
7.3 RECHNUNG DER UNIVERSITÄT BASEL.....	30
7.4 ABSCHLUSS DES UKBB	30
8. ABSCHREIBUNG VON ÜBERWIESENEN VORSTÖSSEN.....	31
8.1 MOTION DER FDP-FRAKTION: VERWENDUNG DES KANTONSANTEILS AUS DEM VERKAUF DER GOLDRESERVEN DER NATIONALBANK FÜR SCHULDENTILGUNG.....	31

8.2	MOTION VON URS BAUMANN: BEWAHRUNG DES AAA-RATINGS DES KANTONS BASELSTADT DURCH EINDÄMMUNG DES STETIG STEIGENDEN PERSONALAUSBAUS AUF DER VERWALTUNG	32
-----	--	----

9.	ANTRAG	34
-----------	---------------------	-----------

TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.</i>	3
<i>Tabelle 2: Sonderfaktoren.</i>	5
<i>Tabelle 3: Überblick über Gesamtrechnung.</i>	7
<i>Tabelle 4: Definition Finanzkennzahlen.</i>	9
<i>Tabelle 5: Finanzkennzahlen.</i>	9
<i>Tabelle 6: Laufender Aufwand nach Kontengruppen.</i>	11
<i>Tabelle 7: Vergleich Soll-Stellenplan 2005 und Stichtagserhebung am 31.12.2005.</i>	12
<i>Tabelle 8: Laufender Ertrag nach Kontengruppen.</i>	14
<i>Tabelle 9: Erträge periodischer Steuern und Abgrenzung Vorjahre.</i>	15
<i>Tabelle 10: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	16
<i>Tabelle 11: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Gesundheitssektor.</i>	20
<i>Tabelle 12: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Bildungssektor.</i>	22
<i>Tabelle 13: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.</i>	23
<i>Tabelle 14: Überführung Aktien und Anteilscheine in das Verwaltungsvermögen.</i>	28
<i>Tabelle 15: Vergleich Soll-Stellenplan 2005/2006.</i>	33

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1: Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades.</i>	8
<i>Abbildung 2: Investitionsausgaben - Vergleich Rechnung 2004 vs. Rechnung 2005.</i>	24
<i>Abbildung 3: Fälligkeitsstruktur Festgeldanlagen, Obligationen/Pfandbriefe per 31.12.2005.</i>	26
<i>Abbildung 4: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.</i>	27

1. Vorbemerkung

Entsprechend § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung gemäss § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² über das Finanzjahr 2005. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie die Bilanz des allgemeinen Staatsguts, Inventare und Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigefügt. Einzelne besondere Aspekte der Rechnung werden im Zahlenteil von den Direktionen bzw. Dienststellen kommentiert.

2. Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) ist im Jahr 2005 - wie bei der Budgetierung erwartet - um 1.8% gestiegen. Kräftige Wachstumsimpulse gingen von den privaten Konsumausgaben sowie von der Exporttätigkeit aus. Die Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft hat sich 2005 mit einer Zunahme des BIP um 1.8% im Gleichschritt mit der übrigen Schweiz entwickelt. Aufgrund der neusten Prognosen ist davon auszugehen, dass die Wachstumsdynamik der Schweizer Wirtschaft sich im laufenden Jahr fortsetzt.

Im Kanton Basel-Landschaft lag die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 unter dem gesamtschweizerischen Mittel. Es resultierte ein leichter Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenquote zwischen 2004 und 2005 von 3.4% auf 3.3%. Eine stärkere und raschere Erholung blieb aufgrund von einigen Sonderfaktoren vorerst aus. Unter anderem entfalteten in den Vorjahren angekündigte Betriebsschliessungen und Massenentlassungen ihre volle Wirkung erst im Verlauf des Jahres 2005, was eine raschere Erholung bei den Arbeitslosenzahlen verhinderte.

Die Teuerung hat sich mit einem Jahresdurchschnitt von 1.2% gegenüber 2004 (0.8%) beschleunigt, während die Zinssätze (Rendite der eidg. Obligationen) von 2.74% auf 2.1% zurückgingen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der massgebenden Indikatoren³:

Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	2002	2003	2004	2005	2006
BIP-Wachstum (nominal) CH	1.9	0.9	2.6	2.6	2.5
BIP-Wachstum (real) BL	0.3	-0.3	2.1	1.8	1.8
Jahresteuerung (Konsumentenpreisindex)	0.6	0.6	0.8	1.2	0.9
Zinssätze					
Kapitalmarkt (Rendite eidg. Obligationen)	3.2	2.7	2.7	2.1	2.2

¹ SGS 100

² SGS 310

³ Quelle: Basel Economics AG.

2.2 Finanzlage des Bundes

Die Staatsrechnung 2005 des Bundes schliesst mit einem Defizit von 0.1 Milliarden Franken deutlich besser ab als budgetiert (im Budget 2005 war ein Ausgabenüberschuss von 1.7 Milliarden Franken vorgesehen). Die ausserordentlichen Einnahmen von 7 Milliarden Franken aus dem Golderlös der Nationalbank und aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien (1.4 Milliarden) sind im ausgewiesenen Defizit nicht enthalten.

Die Gründe für das gegenüber dem Voranschlag geringere Defizit sind sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zu finden. Die Ausgaben liegen um 1'100 Mio. Franken oder 2.1% unter den Werten des Voranschlags. Dennoch zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der Gesamtausgaben von 2.2%. Ein beträchtlicher Anteil dieses Ausgabenwachstums ist auf die Erhöhung der LSVA (rund 500 Mio. Franken) zurück zu führen. Die Gesamteinnahmen liegen um 534 Mio. Franken oder 1.1% über den Budgetwerten. Die Einnahmen bei der Verrechnungssteuer übertrafen den budgetierten Wert um eine Milliarde Franken. Grund dafür stellen höhere Dividendenausschüttungen, Aktienrückkäufe von Unternehmen sowie Ausschüttungen von Anlagefonds dar. Weit unter dem budgetierten Wert liegen hauptsächlich die Einnahmen bei den Stempelabgaben. Dennoch sind dank der guten Börsenentwicklung in der zweiten Jahreshälfte die Mindereinnahmen etwas geringer ausgefallen als noch Mitte 2005 zu befürchten gewesen war.

3. Überblick und Gesamtbeurteilung

3.1 Würdigung des Rechnungsabschlusses

Der Rechnungsabschluss 2005 schliesst mit einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 32.1 Mio. Franken ab und ist damit geprägt von nicht budgetierten Sonderfaktoren. Sonderfaktoren sind die ausserordentliche Ausschüttung aus den überschüssigen Goldreserven, die Verbuchung von Steuererträgen aus den Vorjahren und die ausserordentlichen Abschreibungen im Zusammenhang mit dem Verbuchungspraxiswechsel bei den Investitionsbeiträgen, welche im Budget 2006 bereits umgesetzt worden sind. Da die aus den Vorjahren anfallenden Steuererträge ausserordentlicher Natur sind, werden sie ebenfalls für ausserordentliche Lasten eingesetzt: Für die zukünftige Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse wird eine Tranche von 156 Mio. Franken zurückgestellt, für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz wird ein Fonds mit einer Einlage von 150 Mio. Franken gebildet und der Wirtschaftsförderungsfonds wird um 14.6 Mio. Franken geäufnet.

Das Abschlussergebnis von 32.1 Mio. Franken kann für eine finanzpolitische Beurteilung nicht herangezogen werden. Für eine nachhaltige Beurteilung der Finanzlage muss ein Vergleich mit dem Budget 2005 und der Rechnung 2004 vorgenommen werden, und zwar unter Ausklammerung der Sonderfaktoren.

Der Rechnungsabschluss ohne Sonderfaktoren schliesst auch besser ab als budgetiert. Würde man alle ausserordentlichen Faktoren bereinigen, so würde die Laufende Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 18.3 Mio. Franken abschliessen, was dem operativen Ergebnis entspricht. Diese Saldoverbesserung gegenüber dem Budget von rund 56 Mio. Franken resultiert sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite. Auf der Aufwandseite werden die Budgetkredite in den beeinflussbaren Bereichen Personal- und Sachaufwand nicht ausgeschöpft. Bei den Steuererträgen resultiert, bezogen auf das Jahr 2005 insgesamt, ein Mehrertrag gegenüber dem Budget von 32.5 Mio. Franken.

Mit einem positiven operativen Ergebnis von 18.3 Mio. Franken ist der Abschluss als sehr gut zu beurteilen. Nebst den vom Regierungsrat eingeleiteten Sanierungsmassnahmen aus der Generellen Aufgabenüberprüfung kamen im Abschluss 2005 Mehrerträge bei den Steuern, bei den Pflögetaxen und bei den Erträgen aus Arzthonoraren positiv zum Tragen. Der Abschluss 2005 zeigt, dass die eingeschlagene Finanzpolitik Früchte zeigt.

3.2 Überblick über die Gesamtrechnung

Die *Laufende Rechnung* schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 32.1 Mio. Franken und somit massiv besser als budgetiert ab (+69.7 Mio. Franken). Das verbuchte Ergebnis wird allerdings durch die folgenden Sonderfaktoren beeinflusst:

Tabelle 2: Sonderfaktoren.

in Mio. Franken	Aufwand	Ertrag	Saldo
Verbucht	3'081.2	3'113.3	32.1
a.o. Faktoren			
Erlös aus Verkauf SNB-Gold		372.6	
Auflösung Rückstellung für Investitionsbeiträge		48.0	
a.o. Abschreibung Investitionsbeiträge	224.4		
Rückstellung für Nationalstrassen - NFA	68.0		
Rückstellung für Schliessung Deckungslücke PK	156.0		
Bildung Fonds Neubau Kantonsspital Bruderholz	150.0		
Einlage in Wirtschaftsförderungsfonds	14.6		
Steuererträge aus Vorjahren		206.1	
Total a.o. Faktoren	613.0	626.7	
Operatives Ergebnis	2468.2	2486.5	18.3

- Der Erlös aus dem Verkauf der an die Kantone ausgeschütteten Goldreserven führt zu einem ausserordentlichen Ertrag von 372.6 Mio. Franken.
- Seit dem 1. Januar 2006 werden die Investitionsbeiträge in der Laufenden Rechnung und nicht mehr in der Investitionsrechnung verbucht. Als Folge dieses Wechsels der Verbuchungspraxis werden im vorliegenden Abschluss die per Ende 2005 verbleibenden Bestände an aktivierten Investitionsbeiträgen im Umfang von 224.4 Mio. Franken ausserordentlich abgeschrieben. Zur teilweisen Deckung dieser ausserordentlichen Abschreibungen der Investitionsbeiträge wurde eine zu diesem Zweck in den Vorjahren gebildete Rückstellung im Umfang von 48 Mio. Franken aufgelöst.
- Gemäss Botschaft des Bundes zur Ausführungsgesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 7. September 2005 beantragt der Bundesrat, dass die Kantone ihr Eigentum an den Nationalstrassen entschädigungslos dem Bund übertragen müssen. Für diesen Eigentumsübergang im Jahr 2008 wurde eine Rückstellung im Umfang des per Ende 2007 erwarteten Restbuchwertes (68 Mio. Franken) gebildet.

- Des Weiteren wurde eine Teil-Rückstellung für die zukünftige Schliessung der Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse im Umfang von 156 Mio. Franken verbucht.
- Am 21. Februar 2006 hat der Regierungsrat betreffend Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz die Umbauvariante mit einem Bettenhaus am bisherigen Standort beschlossen. Für den geplanten Neubau des Kantonsspitals Bruderholz wurde eine Fondseinlage von 150 Mio. Franken getätigt. Die Fondseinlage untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.
- In den Wirtschaftsförderungsfonds wurde eine Einlage von 14.6 Mio. Franken getätigt. Der Betrag, welcher 1 Mio. Franken übersteigt, wird als separater Beschluss dem fakultativen Finanzreferendum unterstellt (vgl. Antrag 7).
- Im Rahmen der Migration HOST-NEST wurde die Verbuchungspraxis bei den periodischen Steuern umgestellt. Der Praxiswechsel führt einmalig zu einer starken einmaligen Ertragssteigerung von rund 206 Mio. Franken im Jahr 2005 (vgl. auch S.14 ff.).

Bereinigt um diese ausserordentlichen Positionen ergibt sich ein operatives Ergebnis der Laufenden Rechnung von 18.3 Mio. Franken, welches um 56 Mio. über dem budgetierten Defizit von 37.6 Mio. Franken liegt.

Der Gesamtaufwand in der Laufenden Rechnung übersteigt den Voranschlag um 629.5 Mio. Franken oder 25.7%, wovon 613.0 Mio. Franken auf die erwähnten Sonderfaktoren entfallen. Beim operativen Ergebnis liegt der Gesamtaufwand 16.5 Mio. Franken oder 0.7% über dem Budget, wobei sich die grössten Abweichungen bei den Abschreibungen (+15.8 Mio. Franken), bei den Entschädigung an öffentliche Gemeinwesen (+13.1 Mio. Franken) und den eigenen laufenden Beiträgen (-11.4 Mio. Franken) finden.

Die Erträge liegen um 699.2 Mio. Franken oder 29% über den Budgeterwartungen. Hiervon entfallen 626.7 Mio. Franken auf die in Tabelle 2 aufgezeigten ausserordentlichen Erträge. Beim operativen Ergebnis liegen die Erträge um 72.4 Mio. Franken oder 3% über dem Voranschlag. Zu diesem Ergebnis tragen vor allem die Steuererträge (+32.5 Mio. Fr.), die Erträge aus Entgelten (+22.4 Mio. Franken), die Erträge aus Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (+31.6 Mio. Franken) sowie die laufenden Beiträge für eigene Rechnung (-19.8 Mio. Franken) bei.

Gegenüber der Rechnung 2004 nimmt der laufende Aufwand um 651.8 Mio. Franken oder 26.8% zu. Im Vergleich mit dem operativen Ergebnis beträgt die Zunahme aber lediglich 38.8 Mio. Franken oder 1.6%. Sie kommt im Wesentlichen durch folgende grösseren Veränderungen zu Stande: Personalaufwand (+19.5 Mio. Franken), Sachaufwand (+10 Mio. Franken), Abschreibungen (-20.5 Mio. Franken), Entschädigung an öffentliche Gemeinwesen (+17.8 Mio. Franken) und Eigene Laufende Beiträge (+14 Mio. Franken).

Table 3: Überblick über Gesamtrechnung.

in Mio. Fr.	Rechnung 2004	% Ver. zu R 04	Rechnung 2005 verbucht	% Ver. zu B 05	Rechnung 2005 operativ	% Ver. zu B 05	Budget 2005 inkl. NK
LAUFENDE RECHNUNG							
Aufwand	2'429.4	26.8	3'081.2	25.7	2'468.2	0.7	2'451.7
Ertrag	2'383.2	30.6	3'113.3	29.0	2'486.5	3.0	2'414.1
Saldo Laufende Rechnung	-46.2	-169.4	32.1	-185.3	18.3	-148.8	-37.6
INVESTITIONSRECHNUNG							
Ausgaben	197.1	9.9	216.6	-2.1	216.6	-2.1	221.2
Einnahmen	40.3	46.6	59.1	-16.7	59.1	-16.7	70.9
Nettoinvestitionen	-156.8	0.5	-157.6	4.8	-157.6	4.8	-150.3
SELBSTFINANZIERUNG							
Saldo Laufende Rechnung	-46.2	-169.4	32.1	-185.3	18.3	-148.8	-37.6
Abschreib. Verwaltungsverm.	126.6	182.5	357.6	181.7	133.2	5.0	126.9
Selbstfinanzierung	80.4	385.0	389.7	336.2	151.6	69.7	89.3
Selbstfinanzierung	80.4	385.0	389.7	336.2	151.6	69.7	89.3
Nettoinvestitionen	-156.8	0.5	-157.6	4.8	-157.6	4.8	-150.3
Finanzierungssaldo	-76.4	-403.7	232.1	-480.8	-6.0	-90.2	-61.0
Selbstfinanzierungsgrad	51.2	382.6	247.3	316.1	96.2	61.8	59.4

Die Ertragsseite wächst gegenüber dem Vorjahr um 730.1 Mio. Franken oder 30.6%. Unter Ausklammerung der ausserordentlichen Erträge beträgt die Ertragszunahme beim operativen Ergebnis noch 103.3 Mio. Franken oder 4.3%. Sie lässt sich im Wesentlichen auf folgende Positionen zurückführen: Steuern (+47.3 Mio. Franken), Erträge aus Entgelten (+13.6 Mio. Franken), Laufende Beiträge an eigene Rechnung (+10.6 Mio. Franken), Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds (+30.1 Mio. Franken).

In der *Investitionsrechnung* wird das budgetierte Ausgabenvolumen um 4.6 Mio. Franken unterschritten. Ebenso fallen die Investitionseinnahmen tiefer aus als budgetiert (-11.9 Mio. Franken). Die resultierenden Nettoinvestitionen liegen um 7.3 Mio. Franken über dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2004 haben die Nettoinvestitionen um 0.8 Mio. Franken oder 0.5% zugenommen.

Unter Berücksichtigung der Sonderfaktoren resultiert eine *Selbstfinanzierung* von 389.7 Mio. Franken. Für das relevante operative Ergebnis beläuft sich die Selbstfinanzierung auf 151.6 Mio. Franken. Sie liegt damit um 62.3 Mio. Franken über dem Budget und 71.2 Mio. Franken über dem Vorjahreswert.

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beläuft sich auf 247.3%. Aussagekräftiger ist jedoch der Selbstfinanzierungsgrad für das operative Ergebnis, der mit 96.2% sowohl die Budgeterwartung (59.4%) als auch den Vorjahreswert (51.2%) deutlich übertrifft. Damit wird ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Forderung des Landrates getan, wonach im mehrjährigen

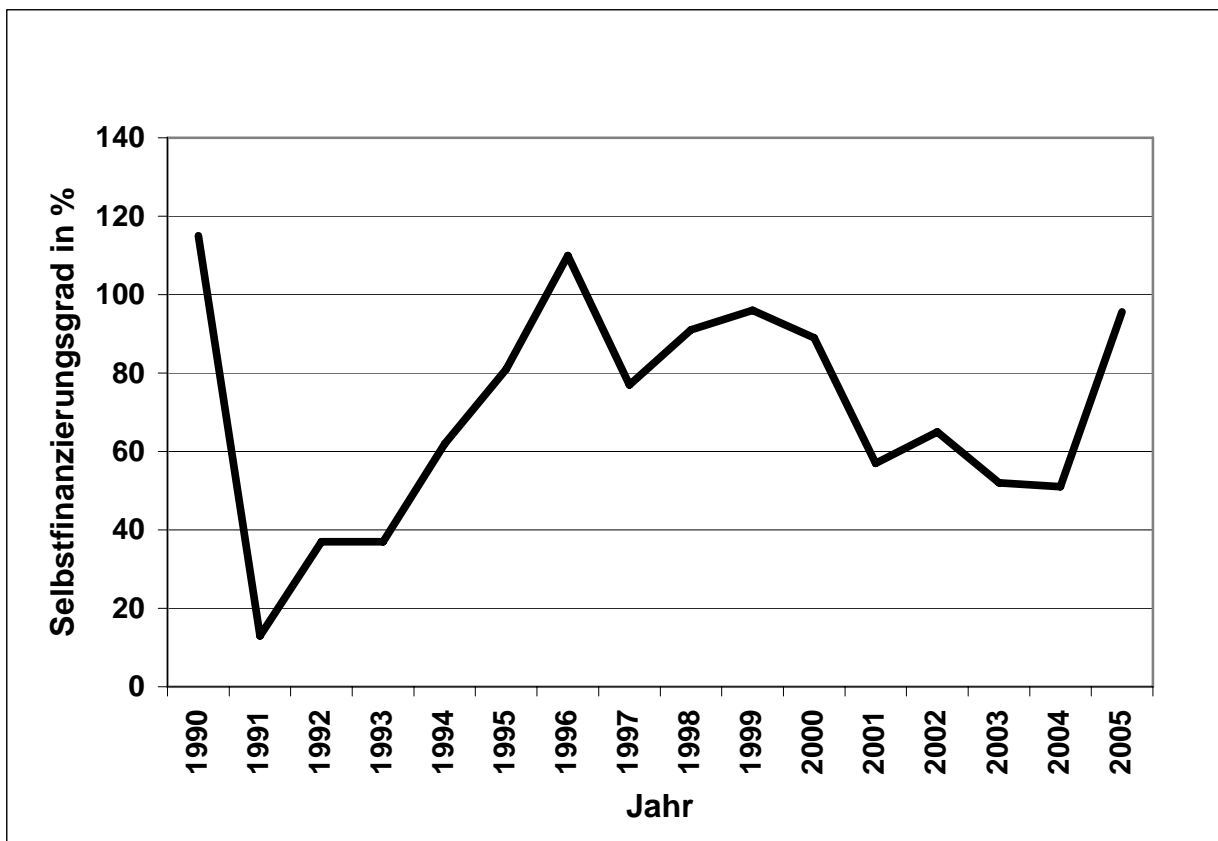
Durchschnitt der jeweiligen Finanzplanperiode ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75 % zu erreichen ist.

Infolge der Sonderfaktoren ist der Finanzierungssaldo positiv und beläuft sich auf 232.1 Mio. Franken. Aufgrund des positiven Abschlusses der Laufenden Rechnung erhöht sich das Eigenkapital auf 164.5 Mio. Franken.

3.3 Entwicklung der Selbstfinanzierung

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades seit 1990. Zur besseren Vergleichbarkeit sind für das Jahr 2005 die entsprechenden Werte des operativen Ergebnisses eingesetzt.

Abbildung 1: Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrades



3.4 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts wird nachfolgend anhand ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. Tabelle 4) beurteilt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2003-2005 auf Prognosewerte basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 4: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ⁴ in % des Volkseinkommens ⁵
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ⁶ in % des bereinigten Ertrags ⁷ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ⁸ .

Tabelle 5: Finanzkennzahlen.

Finanzkennzahlen	2001	2002	2003	2004	2005	2005
	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung verbucht	Rechnung operativ
Staatsquote	15.4%	16.8%	16.0%	16.5%	16.6%	16.6%
Steuerquote	8.6%	8.7%	8.8%	8.6%	10.1%	8.7%
Brutto-Investitionsquote	1.2%	1.3%	1.4%	1.4%	1.5%	1.5%
Netto-Investitionsquote	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%
Selbstfinanzierungsgrad	56.8%	65.3%	51.6%	51.2%	247.3%	96.2%
Neuverschuldungsgrad	43.2%	34.7%	48.4%	48.8%	-147.3%	3.8%
Kapitaldienstanteil	4.0%	4.7%	4.4%	4.0%	3.1%	3.9%
Zinsbelastungsanteil	-1.7%	-0.4%	-1.1%	-1.3%	-1.1%	-1.3%
Investitionsanteil	7.9%	7.7%	9.0%	8.7%	7.4%	9.2%
Transferanteil	41.6%	43.9%	40.5%	41.6%	34.3%	42.5%

⁴ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

⁵ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2002. Die Zahlen für 2003 und 2004 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2002 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

⁶ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁷ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

⁸ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

Die **Staatsquote** hat sich 2005 um 0.1 Prozentpunkte leicht erhöht und macht 16.6% des kantonalen Volkseinkommens aus.

Aufgrund der Verbuchung von Steuererträgen aus Vorjahren (vgl. S14 ff.) steigt die **Steuerquote** im Vergleich zum Vorjahr 2004 um 1.5 Prozentpunkte auf 10.1%. Berücksichtigt man nur die Steuererträge für das Steuerjahr 2005, so bewegt sich die Steuerquote ca. auf dem Niveau der Vorjahre. Das heisst, dass über den Betrachtungszeitraum ab 2001 die Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) in etwa proportional mit dem Volkseinkommen gestiegen sind.

Die gegenüber dem Vorjahr um 19.5 Mio. Franken gestiegenen Investitionsausgaben schlagen sich in einer Erhöhung der **Bruttoinvestitionsquote** von 0.1 Prozentpunkten auf 1.5% nieder. Die Nettoinvestitionsquote bleibt unverändert bei 1.1%.

Aufgrund des positiven Finanzierungsalos ist der **Neuverschuldungsgrad 2005** negativ. Bezogen auf das operative Ergebnis sinkt der Neuverschuldungsgrad auf 3.8%. Das heisst, dass 2005 mit dem operativen Ergebnis ca. 96% der Investitionen selbst (ohne Neuverschuldung finanziert) werden konnten.

Infolge der Ertragszunahme durch die Sonderfaktoren (vgl. S. 5) sinkt der **Kapitaldienstanteil** um 0.9 Prozentpunkte auf 3.1%. Bezogen auf das operative Ergebnis nimmt der Kapitaldienstanteil um 0.1 Prozentpunkte auf 3.9% ab. Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, ist aber gegenüber dem Vorjahr gesunken. Bezogen auf das operative Ergebnis ändert der Zinsbelastungsanteil nicht. Die **Investitions-** und **Transferanteile** sind 2005 gesunken. Dies ist eine Folge der Ertragszunahme aus Sonderfaktoren. Beim operativen Ergebnis ist bei beiden Kennzahlen eine Zunahme zu verzeichnen.

4. Analyse der Rechnung 2005

4.1 Entwicklung des Aufwandes nach Artengliederung

Die verschiedenen Aufwandkategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

Table 6: Laufender Aufwand nach Kontengruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2004	% Ver. zu R 04	Rechnung 2005	% Ver. zu B 05	Budget 2005 inkl. NK
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	873.4	2.2	893.0	-0.3	896.1
31 Sachaufwand	264.4	3.8	274.5	-0.5	275.8
32 Passivzinsen	39.6	-6.7	37.0	-8.7	40.5
33 Abschreibungen	191.4	106.5	395.3	154.9	155.1
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	79.2	7.1	84.7	11.3	76.1
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	93.1	19.1	110.9	13.4	97.8
36 Eigene Laufende Beiträge	770.9	1.8	784.8	-1.4	796.3
37 Durchlaufende Beiträge	87.0	-3.9	83.6	1.5	82.3
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	3.6	10'921.6	392.1	5'933.0	6.5
39 Interne Verrechnungen	27.0	-5.9	25.4	0.5	25.2
Gesamttotal Aufwand	2'429.4	26.8	3'081.2	25.7	2'451.7

Mit der Annahme des Budgetantrags 2004/231-1 hat der Landrat im Dezember 2004 eine Kürzung des Personalaufwandes von 10 Mio. Franken im Budget 2005 beschlossen. In der Folge hat der Regierungsrat die Direktionen beauftragt, Massnahmen zur Umsetzung des Sparauftrages, wie etwa Stellenabbau oder verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen zu ergreifen. Der vorliegende Abschluss zeigt nun, dass Dank grosser Anstrengungen aller Organisationseinheiten diese Zielsetzung erreicht worden ist. Beim **Personalaufwand** wird der budgetierte Betrag um 3.1 Mio. Franken oder 0.3% nicht ausgeschöpft.

Mit dem Budget 2005 hat der Regierungsrat einen Soll-Stellenplan eingeführt. Der Soll-Stellenplan umfasst alle Stellen der kantonalen Verwaltung mit Ausnahme der vom Bund refinanzierten Stellen beim KIGA sowie der Stellen der Lehrpersonen. Die Bestände an besetzten Vollstellen dieser Kategorien per Stichtag 31.12.2005 liegen insgesamt um 87 Vollstellen unter den Plangrössen des bewilligten Soll-Stellenplans 2005.

Tabelle 7: Vergleich Soll-Stellenplan 2005 und Stichtagserhebung am 31.12.2005.

	Vollstellen Stichtag 31.12.2005	Soll- Stellenplan 2005	Differenz
Vollstellen der kantonalen Verwaltung ohne refinanzierte Stellen beim KIGA, ohne Lehrpersonen und ohne Gerichte	5'116.9	5'202.9	-86.0
Vollstellen Kantonsgericht	203.5	204.5	-1.0
Total Vollstellen	5'320.4	5'407.4	-87.0

Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Vollstellenerhebung per 31.12.2005 um eine Stichtagsbetrachtung handelt, während dem der Sollstellenplan 2005 auf eine Durchschnittsbetrachtung (budgetierte Stellen im Jahresdurchschnitt) basiert. Zudem ist der Bereich der Lehrpersonen ausgeklammert.

Gegenüber der Rechnung 2004 nimmt der Personalaufwand um 19.5 Mio. Franken bzw. um 2.2% zu. Wesentliche Einflussfaktoren sind dabei der Teuerungsausgleich, der Erfahrungsstufenanstieg sowie die Zunahme des Aufwandes für vorzeitige Pensionierungen im Rahmen von GAP.

Der **Sachaufwand** liegt mit 274.5 Mio. Franken um 1.4 Mio. Franken oder 0.5% unter dem Voranschlag. Grössere Abweichungen vom Budget ergeben sich bei den Fahrzeugtreibstoffen und -schmiermitteln (+2.3 Mio. Franken), bei der Informatik (-3.0 Mio. Franken) sowie den EDV-Leistungen Dritter (-2.3 Mio. Franken) und beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+4.5 Mio. Franken). Wird die Abweichung beim medizinischen Verbrauchsmaterial mit dem Rechnungsabschluss 2004 verglichen, so ergibt sich, dass aufgrund der Budgetkürzung des Landrates 1.82 Mio. Franken weniger zur Verfügung standen. Diese Kürzung konnte nicht umgesetzt werden. Aus dem Vergleich der Rechnungsjahre 2004 und 2005 resultiert, dass der Aufwand für medizinisches Verbrauchsmaterial rund 2.7 Mio. Franken angewachsen ist. Gegenüber der Rechnung 2004 nimmt der gesamte Sachaufwand um 10.0 Mio. Franken oder 3.8% zu.

Der Aufwand für die **Passivzinsen** unterschreitet das Budget um 3.5 Mio. Franken oder 8.7%. Für die Zinsen der Kontokorrentkonti und Terminkredite wurden 1.3 Mio. Franken weniger aufgewendet als budgetiert. Bei den Vergütungszinsen der Staatssteuer liegt der Aufwand um 1.5 Mio. Franken unter den Budgeterwartungen. Die Vergütungszinsen werden neu per Jahresende ermittelt und gebucht und brauchen somit nicht mehr abgegrenzt zu werden.

Der **Abschreibungsaufwand** übersteigt mit 395.3 Mio. Franken das Budget um 240.2 Mio. Franken. Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen liegen infolge einer Bewertungskorrektur der Anlagen aus dem Erlös des SNB-Goldes um 3.9 Mio. Franken über dem Budget. Während die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen im budgetierten Rahmen liegen, übersteigen die ausserordentlichen Abschreibungen den Planwert um 229.6 Mio. Franken. Hier schlagen sich die ausserordentlichen Abschreibungen der aktivierten Investitionsbeiträge zu Buche (Sonderfaktor, vgl. S. 5). Ausserordentlich abgeschrieben wurden auch die Anteilsscheine Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob im Umfang von 4.5 Mio. Franken. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit der Hebung im Chienbergtunnel weitere 5 Mio. Franken nicht budgetierte Rückstellungen für Verluste gebildet.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** weisen gegenüber dem Budget eine Abweichung von +8.6 Mio. Franken oder 11.3% auf. Die Abweichung ist durch die höheren Beiträge

an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs (+4.4 Mio. Franken) sowie auf die erhöhten Anteile der Landeskirchen an der Kirchensteuer (+4.2 Mio. Franken) infolge der Verbuchung von Steuererträgen aus Vorjahren bei den juristischen Personen (vgl. S. 14 ff.) begründet.

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** liegen um 13.1 Mio. Franken oder 13.4% über dem budgetierten Betrag. Die grösste Abweichung von +7.7 Mio. Franken fällt auf die Entschädigung an die Gemeinden für den Unterhalt der Sekundarschulbauten sowie für Unterhalt und Miete der Realschulbauten (vgl. auch Details in den entsprechenden Dienststellenkommentaren). Ebenfalls über dem Voranschlag liegen die Beiträge im Rahmen der Spitalabkommen an die Kantone (+2.6 Mio. Fr.), die Beiträge an andere Kantone für Sozialhilfekosten von Bürgern des Kantons Basel-Landschaft (+1.1 Mio. Franken) sowie die Entschädigungen an Kantone für den Vollzug von Urteilen in ausserkantonalen Strafanstalten (+1.1 Mio. Franken).

Bei den **Eigenen Laufenden Beiträgen** kann eine Budgetunterschreitung von 11.4 Mio. Franken oder von 1.4% ausgewiesen werden. Gegenüber dem Voranschlag ergeben sich folgende grösseren Abweichungen: Beiträge an AHV/IV (-6.4 Mio. Franken), Prämienverbilligung KVG (-5.2 Mio. Franken), Ergänzungsleistungen an AHV/IV (-2.7 Mio. Franken), Beiträge an Basel-Stadt (+1.6 Mio. Franken) sowie an gemischtwirtschaftliche Unternehmen (-1.0 Mio. Franken) im Bereich öffentlichen Verkehr, Beiträge Löhne der Lehrpersonen (+1.2 Mio. Franken), Beiträge an Kantone bei den übrigen Berufsschulen (+1.3 Mio. Franken) und Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen (+1.1 Mio. Fr.).

Die **durchlaufenden Beiträge** liegen um 1.3 Mio. Franken oder 1.5 % über dem Budget. Diese Überschreitung korrespondiert mit der Ertragsseite der durchlaufenden Beiträge und ist saldonneutral.

Bei den **Einlagen in Spezialfinanzierung und Fonds** wird der Voranschlag um insgesamt 385.6 Mio. Franken überschritten. Wie in der Landratsvorlage zum Budget 2006 angekündigt, wurde für die entschädigungslose Übergabe des Eigentums an den Nationalstrassen an den Bund im Rahmen des NFA (Jahr 2008) eine Rückstellung von 68 Mio. Franken gebildet (Sonderfaktor, vgl. S. 5). Des Weiteren wurde eine anteilmässige Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse im Umfang von 156 Mio. Franken gebildet (Sonderfaktor, vgl. S. 5). Für den geplanten Neubau des Kantonsspitals Bruderholz wurde eine Fondseinlage von 150 Mio. Franken getätigt (Sonderfaktor, vgl. S. 5). Des Weiteren wurde der Wirtschaftsförderungsfonds um weitere 14.6 Mio. Franken geäufnet (Stand per 31.12.2005: 20 Mio. Franken). Demgegenüber fällt die Einlage in den Finanzausgleichsfonds um 3.5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert (vgl. auch Details im entsprechenden Dienststellenkommentar).

Der Aufwand für **interne Verrechnungen** liegt 0.1 Mio. Franken oder 0.5% über dem Budget. Aufwand und Ertrag der internen Verrechnungen sind (wie die durchlaufenden Beiträge) saldonneutral (mit Ausnahme der Differenz aus dem Bezug der mehrwertsteuerpflichtigen Leistungen des AIB; vgl. Hinweise zu Einzelkonti).

4.2 Entwicklung des Ertrags nach Artengliederung

Die verschiedenen Ertragskategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

Table 8: Laufender Ertrag nach Kontengruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2004	% Ver. zu R 04	Rechnung 2005	% Ver. zu B 05	Budget 2005 inkl. NK
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'283.9	19.7	1'537.3	18.4	1'298.7
41 Regalien und Konzessionen	56.5	661.1	430.1	644.9	57.7
42 Vermögenserträge	68.5	-0.7	68.0	0.5	67.7
43 Entgelte	439.1	3.1	452.7	5.2	430.3
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	106.3	3.2	109.7	3.8	105.7
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	57.0	5.6	60.1	0.9	59.6
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	254.0	4.2	264.6	-7.0	284.4
47 Durchlaufende Beiträge	87.1	-4.3	83.4	1.3	82.3
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	4.0	1953.6	82.1		2.5
49 Interne Verrechnungen	26.8	-6.0	25.2	-0.2	25.2
Gesamttotal Einnahmen	2'383.2	30.6	3'113.3	29.0	2'414.1

Steuern

Im Rahmen des Projekts CENSUS (Verpflichtungskredit LRB 1875/02) wurde im vergangenen Jahr unter anderem der Steuerbezug vom HOST auf die Standardsoftware NEST umgestellt. Der Übergang erforderte eine sehr umfangreiche Datenmigration aus dem alten Grossrechner, um neben dem laufenden Inkasso von Steuerausständen und der Fakturierung neuer Veranlagungen auch die notwendigen Vergangenheitsdaten zu jedem Steuerkunden zu erhalten. Mit dem neuen System verbunden sind aber auch diverse Änderungen bei der Buchungspraxis, da einerseits das alte System entsprechend seinem Alter diverse Unzulänglichkeiten aufwies und andererseits die neue Standardsoftware die Benutzer zur Einhaltung von Vorgaben zwingt, die sich in den anderen Anwenderkantonen bereits bewährt haben.

Neben diversen finanziell weniger bedeutenden Änderungen bei der Buchungspraxis erfolgte eine Umstellung bei der Verbuchung der Steuerveranlagungen. Bis und mit 2004 wurde erst in dem Zeitpunkt eine Buchung vorgenommen, in dem eine definitive Veranlagung fakturiert wurde. Voraussetzung für eine Buchung war somit eine vorangegangene Veranlagung. In NEST werden hingegen bereits provisorische Veranlagungen aufgrund von Vorauszahlungseinladun-

gen ertragswirksam gebucht. Bei der späteren definitiven Veranlagung wird dann nur noch die Differenz zwischen definitiv geschuldeter und provisorisch in Rechnung gestellter Steuer gebucht.

Mit der Migration HOST-NEST wurden im Jahr 2005 für das Jahr 2005 sowie für alle vorangegangenen Jahre bei sämtlichen noch nicht definitiv veranlagten Personen die Vorausrechnungen erfolgswirksam verbucht. Ebenso wird das Ergebnis sämtlicher "Abwicklungsgewinne" (die definitive Veranlagung fällt höher aus, als die im damaligen Buchungsjahr verbuchte Vorausrechnung) durch diese Praxisänderung sichtbar. Somit gibt es keine "stillen Reserven" mehr, sondern diese werden einmalig im Jahr 2005 sichtbar.

Mit dieser Umstellung der Buchungspraxis sind bei allen vier periodischen Steuerertragskonti (Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen, Ertrags- und Kapitalsteuer der juristischen Personen) künftig die periodengerechten Erträge sichtbar. Der Praxiswechsel führt jedoch zu einer starken einmaligen Ertragssteigerung von rund 206 Mio. Franken im Jahr 2005 (Sonderfaktor, vgl. S. 5). Im ausgewiesenen Kontentotal führt dieser Einmaleffekt zu einer Verzerrung. Die Aufteilung der in den einzelnen Konti ausgewiesenen Totalbeträge

- in ordentlichen Steuerertrag 2005 und
- in die Abgrenzung für Vorjahre

kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Tabelle 9: Erträge periodischer Steuern und Abgrenzung Vorjahre.

in Mio. Franken	Rechnung 2004	Rechnung 2005	Budget 2005	Abwei- chung
Einkommenssteuer nat. Personen 2004/2005	809.02	837.57	830.00	7.57
Abgrenzung Vorjahre		80.70		
Total	809.02	918.27	830.00	88.27
Vermögenssteuer nat. Personen 2004/2005	94.42	105.01	94.00	11.01
Abgrenzung Vorjahre		45.50		
Total	94.42	150.51	94.00	56.51
Ertragssteuer juristische Personen 2004/2005	139.74	143.06	140.50	2.56
Abgrenzung Vorjahre		70.48		
Total	139.74	213.54	140.50	73.04
Kapitalsteuer juristische Personen 2004/2005	15'16	15.56	14.90	0.66
Abgrenzung Vorjahre		9.40		
Total	15'16	24'96	14.90	10.06
Total periodische Steuern 2004/2005	1'057.82	1'101.19	1'079.40	21.79
Abgrenzung Vorjahre		206.08		
Total	1'057.82	1'307'27	1'079.40	227.87

Die gesamten Erträge aus Steuern übersteigen die Budgeterwartungen um 18.4% oder 238.6 Mio. Franken. Das Steueraufkommen für das Steuerjahr 2005 (ohne die abgegrenzten Steuererträge aus Vorjahren) übertrifft das Budget um 32.5 Mio. Franken oder 2.1%. Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Steuererträge um 253.4 Mio. Franken zu. Ohne aperiodische Steuererträge beträgt die Steigerung 47.3 Mio. Franken oder 3.7%.

Die *Einkommenssteuern natürlicher Personen* für das Steuerjahr 2005 übersteigen den budgetierten Wert um 7.6 Mio. Franken oder 0.9 %. Unter Berücksichtigung der Abgrenzung aus Vorjahren wird der Voranschlag um 88.3 Mio. Franken überschritten.

Die unerwartet positive Börsenentwicklung schlägt sich erfahrungsgemäss stark im Ertrag der Vermögenssteuer nieder, weshalb für das Steuerjahr 2005 selbst, eine hohe Budgetüberschreitung von 11.0 Mio. Franken (+11.7%) zu verzeichnen ist. Zudem ist auch hier die Abgrenzung der Vorjahre zu berücksichtigen, welche zu einer gesamten Budgetüberschreitung von 56.5 Mio. Franken führt.

Table 10: Steuererträge gegliedert nach Arten.

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2004	% Ver. zu R 04	Rechnung 2005	% Ver. zu B 05	Budget 2005 inkl. NK
Einkommenssteuer nat. Personen	809.0	13.5	918.3	10.6	830.0
Vermögenssteuer nat. Personen	94.4	59.4	150.5	60.1	94.0
Grenzgänger, Nach- und Strafsteuern; Doppelbest.abkommen	39.7	-0.3	39.6	8.6	36.5
Ertragssteuer juristische Personen	139.7	52.8	213.5	52.0	140.5
Kapitalsteuer juristische Personen	15.2	64.6	25.0	67.5	14.9
Kirchensteuer jurist. Personen	7.8	53.5	11.9	53.5	7.8
Abfindungen 2./3. Säule	14.8	-24.2	11.2	12.0	10.0
Grundstückgewinnsteuer	31.2	-16.2	26.2	-18.3	32.0
Handänderungssteuer	26.7	12.2	29.9	30.2	23.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	32.1	12.1	36.0	2.7	35.0
Verkehrssteuer	73.3	2.7	75.2	0.3	75.0
Gesamttotal Steuern	1'283.9	19.7	1'537.3	18.4	1'298.7

Dank guter Wirtschaftsentwicklung übersteigt das Aufkommen der *Ertragssteuer* für das Steuerjahr 2005 den Voranschlag um 2.6 Mio. Franken (1.8%). Mit den Abgrenzungen aus Vorjahren fallen die Steuererträge um 73 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Der seit einiger Zeit zu beobachtende Anstieg bei der *Kapitalsteuer* hielt auch für das Steuerjahr 2005 an und führte zu einer Überschreitung des Budgetwertes um 0.7 Mio. Franken (4.4%). Unter Berücksichtigung der Abgrenzung aus Vorjahren übertrifft das Aufkommen der Kapitalsteuer die Budgeterwartungen um 10.1 Mio. Franken.

Gemäss § 8b, Abs.1 erhebt der Kanton von den steuerpflichtigen juristischen Personen eine Kirchensteuer von 5% des Staatssteuerertrages zugunsten der Landeskirchen. Durch die Verbuchung von Vorjahreserträgen bei der Ertrags- und Kapitalsteuer fällt die *Kirchensteuer* um 4.1 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Die Erträge aus *Nach- und Strafsteuern, Rückerstattung Grenzgänger sowie Steueranrechnung gemäss Doppelbesteuerungsabkommen* sind um 3.1 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert.

Der Rückgang bei der *Grundstückgewinnsteuer* hat sich verstärkt fortgesetzt und führt zu einer Budgetunterschreitung von 5.8 Mio. Franken (-18.3%). Hingegen hat das Volumen an Handänderungen unerwartet stark zugenommen, so dass der Voranschlag bei der *Handänderungssteuer* um 6.9 Mio. Franken (+30.2%) überschritten wird. Bei der *Erbschafts- und Schenkungssteuer* fiel der Ertragsanstieg etwas stärker aus als budgetiert (+1 Mio. Franken oder +2.7%).

Das *Verkehrssteueraufkommen* liegt ziemlich genau im budgetierten Rahmen (+0.2 Mio. Franken oder +0.3%).

Infolge Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (Sonderfaktor, vgl. S. 5) übersteigen die Erträge aus **Regalien und Konzessionen** den Budgetwert um ca. 372 Mio. Franken.

Die **Vermögenserträge** liegen insgesamt im Budget (+0.4 Mio. Franken). Folgende grösseren Abweichungen bei Einzelpositionen sind auszuweisen: Aufgrund einer neu eingeführten Verzugszinsregelung fallen die Verzugszinsen bei den Steuern um 6.8 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert (vgl. entsprechender Dienststellenkommentar). Die Zinserträge liegen um 3.9 Mio. Franken höher als erwartet, wovon 1.1 Mio. Franken auf Erträge aus der Teilliquidation Freier Reserven der Vereinigten Schweizerischen Rheinsalinen AG entfallen. Ebenso fällt der Anteil am Reingewinn der BL KB um 1 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Der Verkauf der Aktien der Swiss International Air Lines AG führte zu nicht budgetierten Erträgen im Umfang von 0.9 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Budget fallen die Erträge aus **Entgelten** um 22.4 Mio. Franken oder 5.2% höher aus. Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus Rückerstattung Dienstleistungen/Erträge aus Arzthonoraren (+8.8 Mio. Franken), Verwaltungserträge Übriges (+7.6 Mio. Franken, wovon 6.6 Mio. Franken aus Teilrückzahlung Aktienkapital Regionale Entsorgung Dreiländereck AG, Basel), Pflögetaxen (+3.5 Mio. Franken), Verkäufe Treibstoff (+2.3 Mio. Franken) und Rückerstattung Personalaufwand (+2.0 Mio. Franken). Die Erträge aus Bussen liegen um 5.3 Franken unter dem Voranschlag (Polizei: -3.4 Mio. Franken; Gerichte: -2.1 Mio. Franken).

Der im Vergleich zum Budget höhere Ertrag aus **Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung** (+4.0 Mio. Franken bzw. +3.8%) ist auf die über Erwartung eingegangenen Erträge aus Anteilen an der direkten Bundessteuer (+2.2 Mio. Franken) und an der Verrechnungssteuer (+1.7 Mio. Franken) zurückzuführen.

Bei den **Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen** zeigt der Vergleich zwischen Budget und Rechnung insgesamt nur eine geringe Differenz von +0.6 Mio. Franken oder 0.9%. Dabei sind folgende grössere Abweichungen zu erwähnen: Die geplante Verrechnung von polizeilichen Dienstleistungen an die Gemeinden (GAP-Massnahme) konnte im Jahre 2005 nicht umgesetzt werden (-1.9 Mio. Franken). Demgegenüber fallen die Rückerstattungen des Bundes an die RAV um 1.2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Insgesamt unterschreiten die Erträge aus **Laufenden Beiträgen für eigene Rechnung** den Voranschlag um 19.8 Mio. Franken (-7.0%). Hauptverantwortlich für dieses Ergebnis sind die ausgebliebenen Rückerstattungen der Gemeinden für Unterhaltspauschalen und Miete für ehemalige Realschulbauten (-16.5 Mio. Franken). Die Rückerstattungen wurden zwar budgetiert, in der nachträglich verabschiedeten Landratsvorlage zur Übergangslösung zu den Sekundarschulbauten und -anlagen (LRV 2005/172) wurde jedoch auf eine Rückerstattungspflicht bis Ende 2005 verzichtet. Des Weiteren sind folgende grösseren Abweichungen zu nennen: Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung KVG (-3.2 Mio. Franken), Bundesbeiträge an Hochleistungsstrassen (-1.0 Mio. Franken), Bundesbeiträge an Lärmschutzmassnahmen (+1.5 Mio. Franken), "Abwassergebühren" (-1.9 Mio. Franken).

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds** übersteigen den budgetierten Ertrag um 79.6 Mio. Franken aufgrund der folgenden Transaktionen:

- Die in den Vorjahren für ausserordentliche Abschreibungen der Investitionsbeiträge gebildete Rückstellung im Umfang von 48 Mio. Franken wurde aufgelöst (Sonderfaktor, vgl. S. 5).
- Die Finanzierung von Anteilsscheinen der Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob, Basel, erfolgte durch Entnahme von 4.5 Mio. Franken aus dem Fonds "Erlös aus Verkauf von KB-Zertifikaten".
- In Kenntnis der erhöhten Unterhaltsbeiträge, welche die Landratsvorlage zur Übergangslösung zu den Sekundarschulbauten und -anlagen (LRV 2005/172) vorsah, wurden zu Lasten der Rechnung 2004 entsprechende Rückstellungen im Umfang von 6.2 Mio. Franken gebildet. Da mit der Rechnung 2005 die noch gemäss Übergangslösung geschuldeten Beiträge an die Gemeinden für die Periode vom 1.8.2003 bis 31.12.2005 beglichen wurden, wurde die Rückstellung aufgelöst.
- Gemäss Landratsvorlage zur Übergangslösung zu den Sekundarschulbauten und -anlagen (LRV 2005/172) sind die Mehrkosten, verursacht durch Miet- und Unterhaltsbeiträge für ehemalige Realschulbauten, ab 1. 8. 2003 bis 31.12. 2005 über den Fonds "Übernahme Sekundarschulbauten" zu finanzieren. Zu Lasten der Rechnung 2005 erfolgte eine entsprechende Entnahme im Umfang von 17.7 Mio. Franken.
- Das Beschwerdeverfahren um die gesetzmässige Erhebung von Erschliessungs- und Anschlussbeiträge an das CISTERNA Auhafen wurde zurückgezogen. Da alle Beiträge vollumfänglich bezahlt wurden, konnte die im Jahre 2004 gebildete Rückstellung im Umfang von 1.2 Mio. Franken nun wieder aufgelöst werden.
- Die budgetierte Rückführung aus dem Wohnbaufonds von 2 Mio. Franken (GAP-Massnahme) wurde nicht realisiert.
- Die Verlustvorträge sowie das Defizit der Laufenden Rechnung an der KVA Basel wurde mittels Entnahme von 3.4 Mio. Franken aus dem Fonds Elbisgraben und KVA Basel eliminiert.

4.3 Kommentar zum Sektor Gesundheit

Der Gesundheitssektor hat gegenüber dem Vorjahr wieder zugelegt. Die Aufwandszunahme beträgt rund 19 Mio. Franken oder 3.8%. Wenn die Abnahme bei der Prämienverbilligung KVG von 2.8 Mio. Franken zusätzlich berücksichtigt wird, resultiert eine Zunahme im Gesundheitssektor von ca. 17 Mio. Franken bzw. 2.8%. In den Spitalbetrieben ist der Aufwand im Rechnungsjahr um 21 Mio. Franken (+5.2%) angestiegen. Im Rahmen der Spitalabkommen ist der Aufwand im Vorjahresvergleich um 1 Mio. Franken (1.1%) tiefer ausgefallen.

Die Ertragsseite ist im 2005 um 10 Mio. Franken (+2.7%) gewachsen. Die Reduktion der Bundesbeiträge für die Prämienverbilligungen KVG um 1 Mio. Franken beeinflusst dieses Ergebnis nur marginal. Die Spitalbetriebe konnten im Rechnungsjahr Mehrerträge im Umfang von 13 Mio. Franken generieren. Die Erträge aus den Spitalabkommen haben um 1 Mio. Franken abgenommen.

Das im Vergleich zum Ertrag stärkere Aufwandwachstum resultiert per Saldo mit 237 Mio. Franken um 6 Mio. Franken oder 2.6% höhere Nettokosten (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) als im Vorjahr. Der vom Kanton finanzierte Anteil (Nettokosten) an den Gesamtkosten im Gesundheitswesen (Spitalbetriebe, Spitalabkommen und Beiträge, übrige Gesundheitskosten und Prämienverbilligung KVG) beträgt 38.2%. Dieser Anteil blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die grosse Bedeutung des Gesundheitssektors für den Kantonshaushalt geht aus den Zahlenreihen 1999-2005 hervor. In dieser Zeitspanne hat der Aufwand (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) um 178 Mio. Franken (40.2%) zugenommen. Dabei ist der Anteil der Gesundheitskosten am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung und im Vergleich zum Vorjahr von 24.9% auf 25.2% (bezogen auf das operative Ergebnis) gestiegen. Im gleichen Betrachtungszeitraum sind die Erträge um 121 Mio. Franken (46%) gewachsen. Der Anteil der Erträge aus dem Gesundheitssektor an den Gesamterträgen der Laufenden Rechnung ist Vergleich zum Vorjahr von 15.0% auf 15.4% (bezogen auf das operative Ergebnis) angewachsen.

Tabelle 11: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Gesundheitssektor.

Aufwand	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ver.seit 1999
Spitalbetriebe ¹	310	330	360	376	393	407	428	38%
Spitalabkommen und Beiträge ²	61	70	74	99	88	94	93	52%
Übrige Gesundheitskosten ³	3	3	4	4	4	4	3	-9%
Total ohne Prämienverbilligung	374	403	438	479	485	505	524	40%
Prämienverbilligung KVG ⁴	69	68	81	109	91	100	97	41%
Total mit Prämienverbilligung	443	471	519	588	575	604	621	40%
Ertrag								
Spitalbetriebe ¹	217	232	245	260	274	302	315	45%
Spitalabkommen und Beiträge ²	6	7	10	9	11	12	11	83%
Übrige Gesundheitsertrag ³	0.1	0.1	0.2	0.2	0.8	0.2	0.1	-29%
Total ohne Prämienverbilligung	223	239	255	269	286	314	326	46%
Prämienverbilligung KVG ⁴	40	44	47	64	53	59	58	45%
Total mit Prämienverbilligung	263	283	302	333	339	374	384	46%
Saldo (Aufwand-Ertrag)								
Spitalbetriebe ¹	93	98	115	116	119	105	113	22%
Spitalabkommen und Beiträge ²	55	63	64	90	77	82	82	49%
Übrige Gesundheitskosten ³	3	3	4	4	3	3	3	-8%
Total ohne Prämienverbilligung	151	164	183	210	199	190	198	31%
Prämienverbilligung KVG ⁴	29	24	34	45	38	40	39	34%
Total mit Prämienverbilligung	180	188	217	255	236	231	237	31%
¹ 2270, 2271, 2275, 2280, 2290, 2295, 2296								
² 2202								
³ 2201, 2204, 2205								
⁴ 2165 (366.20/460.00)								

4.4 Kommentar zum Sektor Bildung

Gegenüber der Rechnung 2004 ist der Nettoaufwand des Kantons im Bildungssektor um 14 Mio. Franken oder 2.7% gestiegen. Der Anteil des Bildungsaufwands am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung ist seit 1999 von 21.5% auf aktuell 24.8% (bezogen auf das operative Ergebnis) gestiegen. Der Stellenwert der Bildung im kantonalen Finanzhaushalt liegt somit knapp unter demjenigen des Gesundheitssektors mit Einschluss der Prämienverbilligung (25.2% an Gesamtausgaben).

Der Nettoaufwand im Bildungssektor hat im Zeitraum 1999 bis 2005 um 132 Mio. Franken (32.4%) zugenommen. Dabei ist zu beachten, dass sich die Rechnungsbasis der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben sowie durch Verschiebungen von anderen Direktionen und den Gemeinden grundlegend verändert hat. Als Beispiele hierzu seien folgende Bereiche hervorgehoben, die sich im Saldo der BKSD niederschlagen:

- Übernahme Gesundheitsberufe von der VSD	rund	11.5	Mio. Franken
- Nettoeffekt Trägerschaftswechsel und Neuer Finanzausgleich (Realschulen, Musikschulen, Sonderschulen)	rund	41.0	Mio. Franken
- Universitärer Bereich (Uni BS: Erhöhung Beiträge inkl. Indexierung und Sonderbeitr., Institut für Systembiologie, IUUV)	rund	29.4	Mio. Franken

Im Vergleich zur Rechnung 2004 verzeichneten die Volksschulen das stärkste Aufwandwachstum mit +25 Mio. Franken oder 11.4%. Dieser Mehraufwand wird jedoch mit einer Ertragssteigerung in der gleichen Grössenordnung wieder kompensiert, was zum überwiegenden Teil auf den Vollzug der Übergangslösung zu den Sekundarschulbauten und -anlagen zurückzuführen ist.

Der Nettoaufwand bei den Weiterführenden Schulen ist infolge steigender SchülerInnen- und Klassenzahlen gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. Franken gestiegen.

Bei der Berufsbildung steigt der Nettoaufwand gegenüber der Rechnung 2004 um ca. 6 Mio. Franken. Das Wachstum resultiert vorwiegend aus der Umsetzung der Neukonzeption der Ausbildung in den Gesundheitsberufen.

Auf der Tertiären Stufe ist gegenüber dem Vorjahr ein Aufwandwachstum von 3 Mio. Franken zu verzeichnen. Einer Abnahme der Beiträge an die Fachhochschule von 1.9 Mio. Franken steht eine Erhöhung der Beiträge an die Universität von 3.9 Mio. Franken (Anpassung an Teuerung, Sonderbeitrag) und an das Institut für Systembiologie von 1 Mio. Franken gegenüber.

Tabelle 12: Aufwand- und Ertragsentwicklung im Bildungssektor.

Aufwand	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Ver. seit 1999
Grundschulen ¹	158	162	164	167	187	220	245	55%
Weiterführende Schulen ²	68	64	65	66	66	67	71	4%
Tertiäre Stufe ³	109	115	130	131	135	143	146	33%
Berufsbildung ⁴	87	105	108	118	116	115	121	39%
Übrige Bildungskosten ⁵	27	39	38	39	38	30	31	13%
Total	449	485	505	521	542	575	613	37%
Ertrag								
Grundschulen ¹	2	3	3	3	3	5	30	1385%
Weiterführende Schulen ²	11	17	13	14	13	15	15	40%
Tertiäre Stufe ³	0	1	1	3	3	1	0	0%
Berufsbildung ⁴	15	20	20	22	22	22	22	49%
Übriger Bildungsertrag ⁵	14	14	14	14	7	7	7	-53%
Total	42	55	51	56	48	50	74	76%
Saldo (Aufwand-Ertrag)								
Grundschulen ¹	156	159	161	164	184	215	216	38%
Weiterführende Schulen ²	57	47	52	52	53	52	55	-2%
Tertiäre Stufe ³	109	114	129	128	132	142	146	33%
Berufsbildung ⁴	72	85	88	96	94	93	99	38%
Übrige Bildungsertrag ⁵	13	25	24	25	31	23	24	84%
Nettoaufwand	407	430	454	465	494	525	539	33%
¹ 2520, 2521, 2522, 2524, 2527, 2529 ² 2530, 2531, 2532, 2533, 2535 ³ 2538, 2539 ⁴ 2542, 2543, 2545, 2546, 2547, 2549, (Landwirtschaftliche Ausbildung in 2240) ⁵ 2501, 2503, 2510, 2512								

4.5 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Der Kanton Basel-Landschaft hat 2005 rund 10% des Laufenden Haushalts des operativen Ergebnisses für die Abgeltung von Leistungen aufgewendet, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben.

Bei den **Nettoabgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die Nettoabgeltungen für Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe haben gegenüber dem Vorjahr um 7.8 Mio. Franken oder 4.3% zugenommen. Diese Zunahme resultiert in den Bereichen Bildung (+0.9 Mio. Fr. wovon Universitätsvertrag +3.6 Mio. Fr.; Sonderschulung und Jugendhilfe -0.7 Mio. Fr.; Neukonzeption von Brückenangeboten +0.5 Mio. Fr.; Handelsschule KV Basel -0.4 Mio. Fr.; Lehrerbildungs- und Schulabkommen (gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden) - 2.1 Mio. Fr.), Gesundheit (+5.1 Mio. Fr. wovon Universitätsspital Basel -1.2 Mio. Fr.; Regionales Schulabkommen für Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe +8 Mio. Fr.; Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger BL/BS +0.4 Mio. Fr.; Schulen im Kanton BS für nicht ärztliche Berufe im Gesundheitswesen -2.1 Mio. Fr.). Die Ausgaben im Bereich Volkswirtschaft/Umwelt haben um 1.9 Mio. Franken zugenommen (Basler Verkehrsbetriebe +1.3 Mio. Fr.; Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen +0.4 Mio. Fr.; Zusammenarbeit in Rheinschiffahrts- und Hafenanangelegenheiten -0.2 Mio. Fr.; Abfallbewirtschaftung und -entsorgung +0.4 Mio. Fr.), und die Ausgaben im Bereich Sicherheit haben um 0.1 Mio. Franken abgenommen (Betreute Haft für Jugendliche -0.3 Mio. Fr.; Stiftung Frauenhaus Basel +0.2 Mio. Fr.).

Table 13: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Franken	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Nettoabgeltungen an BS	131	145	167	163	181	165	181	188
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	32	52	48	53	55	56	61	59
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	163	197	215	216	236	221	242	247
Aufwand Laufende Rechnung BL	1'992	2'086	2'221	2'211	2'434	2'272	2'429	2'468 ⁹
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	8.17	9.42	9.69	9.77	9.70	9.73	9.99	10.01
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	22	8	16	8	13	5	5	5

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** haben um 3.2 Mio. Franken abgenommen. Dabei verzeichnet der Bereich Bildung eine Abnahme von 4.6 Mio. Franken (Fachhochschule FHBB - 1.9 Mio. Fr.; Beiträge an Fahrten von Behinderten +0.1 Mio. Fr.; TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen -2.8 Mio. Fr.), der Bereich Gesundheit insgesamt eine Zunahme von 1.8 Mio. Franken (Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag)) und der Bereich Volkswirtschaft/Umwelt eine Abnahme von 0.5 Mio. Franken (Oberrhein-

⁹ Aufwand der Laufenden Rechnung beim operativen Ergebnis.

konferenz -0.1 Mio. Fr.; Abgeltung an Lufthygieneamt beider Basel -0.2 Mio. Fr.; Personal- und Betriebskosten der Löschoote BS und BL -0.2 Mio. Fr.).

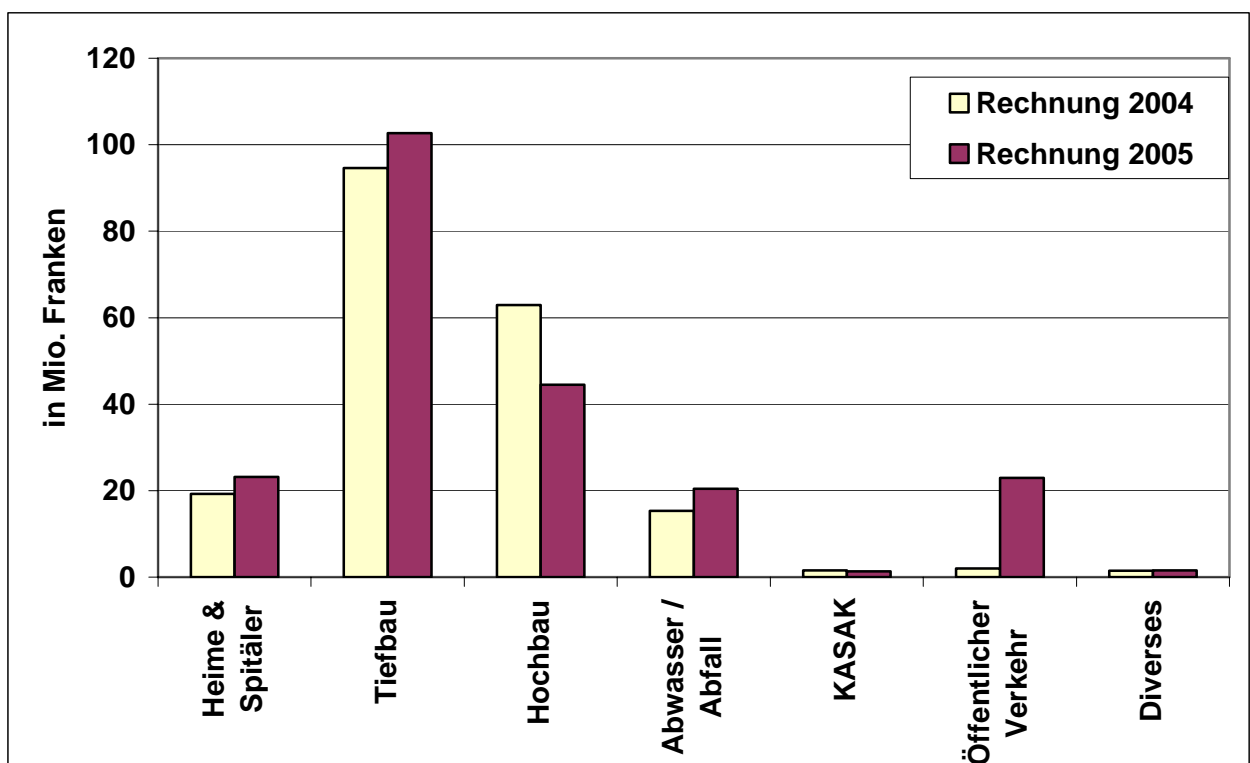
Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben um 0.6 Mio. Franken zu. Es handelt sich um folgende drei Projekte: Beteiligung Geopower AG (+0.3 Mio. Fr.), Neubau UKBB (-0.2 Mio. Fr.) und St. Jakob (+0.4 Mio. Fr.).

4.6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben belaufen sich auf 216.6 Mio. Franken und unterschreiten den Vorschlag um 4.6 Mio. Franken. Die Einnahmen der Investitionsrechnung liegen mit 59.1 Mio. Franken (-11.9 Fr.) ebenfalls deutlich unter den Budgeterwartungen. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass weniger Bundesbeiträge an die Umfahrung Sissach (rund 16.5 Mio. Fr.) und im Bereich Hochbauamt für den Ausbau der Kaserne Liestal (rund 3.5 Mio. Fr.) eingetroffen sind. Andererseits liegen die Investitionsbeiträge des Bundes bei den Hochleistungsstrassen um 7.5 Mio. Franken über dem Budget.

Somit ergeben sich Nettoinvestitionen von 157.6 Mio. Franken. Sie übersteigen die Budgeterwartungen um 7.3 Mio. Franken.

Abbildung 2: Investitionsausgaben - Vergleich Rechnung 2004 vs. Rechnung 2005.



Die grossen Abweichungen bei den Ausgaben der Investitionsrechnung sind in den folgenden Bereichen zu verzeichnen: Die Investitionsbeiträge an die Heime und Spitäler liegen um 1.9

Mio. Franken über dem Voranschlag. Bei den Investitionsausgaben für die Erneuerung und Veränderung von Hochleistungsstrassen wird das Budget um 6.7 Mio. Franken überschritten. Demgegenüber unterschreiten die Ausgaben im Bereich der Kantonsstrassen den Planungswert um 14.1 Mio. Franken. Im Bereich Hochbau und dem kantonalen Sportanlagekonzept (KASAK) sind die Budgets jeweils um 3 Mio. bzw. 2.2 Mio. Franken unterschritten worden.

Insgesamt entfielen 102.7 Mio. Franken oder 47.4% der Investitionsausgaben auf den Tiefbau. Die Umfahrung Sissach ist mit 27.2 Mio. Franken betragsmässig das bedeutendste Vorhaben. 16.4 Mio. Franken wurden in den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen investiert. Die Ausgaben für National- und Hochleistungsstrassen belaufen sich auf 46.8 Mio. Franken. Weitere grössere Positionen im Tiefbaubereich sind: Augst - Liestal, J2 mit 1.9 Mio. Franken sowie bei den Tiefbauten im öffentlichen Verkehr die Trassesanierung inkl. Landerwerb der Linie 11 mit 1.8 Mio. Franken und Investitionsbeitrag an die Frenkenbrücke von 2 Mio. Franken.

Der Hochbau beanspruchte 44.5 Mio. Franken oder 20.5% der gesamten Investitionsausgaben. Davon flossen 4.1 Mio. Franken in den Ausbau der Kaserne Liestal. 10.6 Mio. Franken wurden in die Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Sanierung Haus 5) investiert. Die Neuunterbringung des Institutes für Pathologie beanspruchte 8 Mio. Franken. Weitere grössere Investitionsvorhaben sind: Kantonsspital Bruderholz für sicherheitsrelevante Massnahmen (4.7 Mio. Franken) und die Kantonsbibliothek (5.3 Mio. Franken).

Der Anteil des Bereichs Abwasser/Abfall an den gesamten Investitionsausgaben beträgt 20.4 Mio. Franken oder 9.4%. Die grössten Vorhaben in diesem Bereich sind: Ausbau ARA Birs 2 mit 10.9 Mio. Franken, Schlammanlagen ARA Ergolz 2 mit 3 Mio. Franken und Mischwasserbehandlung Regio Birstal mit 2.5 Mio. Franken.

In den Bereichen Spitäler und Heime sind im Rechnungsjahr 10.7% der Investitionsausgaben oder 23.2 Mio. Franken geflossen. Davon entfielen 14.8 Mio. Franken auf Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime, 4.3 Mio. Franken auf Fahrzeuge/Maschinen/Apparate in den Spitälern und 4.1 Mio. Franken auf bauliche Investitionen in den Spitälern.

Im Bereich Öffentlicher Verkehr wurden 23 Mio. Franken (10.6% der Investitionsausgaben) und in das kantonale Sportanlagenkonzept (KASAK) 1.3 Mio. Franken investiert (0.6%). Auf diverse Bereiche wie Rheinhäfen, Natur- und Umweltschutz entfielen 1.5 Mio. Franken (0.7%).

5. Vermögens- und Schuldenmanagement

Im Vergleich zum Vorjahr hat das Finanzvermögen um ca. 884 Mio. Franken zugenommen. Diese Zunahme ist auf die ausserordentliche Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven durch die Schweizerische Nationalbank und auf die Umwandlung von Dotationskapital für die Basellandschaftliche Kantonalbank in KB-Zertifikate zurückzuführen.

Die zusätzliche Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank im Umfang von 372.6 Mio. Franken wurde in der Laufenden Rechnung im Jahr 2005 als Ertrag unter dem Konto 2140.410 (Rubrik Anteile an Geschäftserträgen) verbucht. Der ausserordentliche Ertrag wird für den Schuldenabbau eingesetzt: die bestehenden mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten des Kantons (Ende 2005: 836.7 Mio. Franken) werden schrittweise zurückbezahlt, aufgrund der vorliegenden Fälligkeitsstruktur erfolgt der Schuldenabbau über mehrere Jahre hinweg. Im Jahr

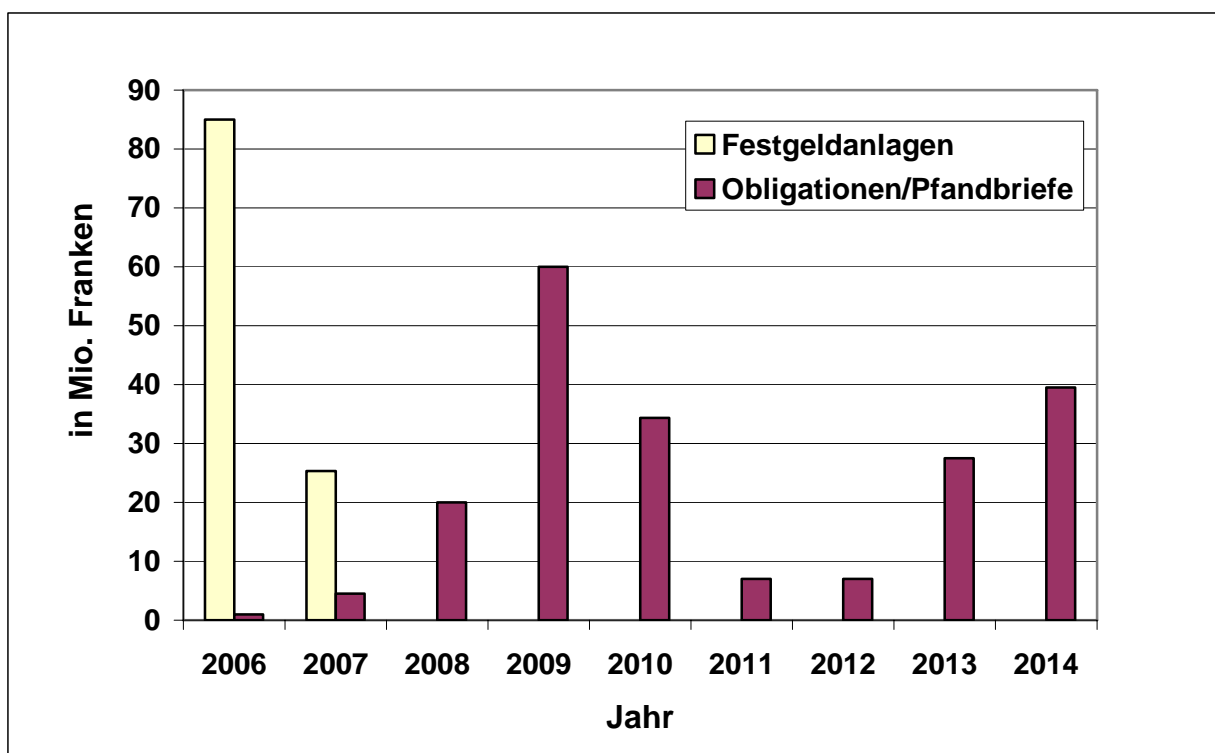
2005 wurden 50 Mio. Franken mit den vorerwähnten Geldern getilgt (Darlehen Schweiz. Post Postfinance, 1.2%, Laufzeit 2003 - 2005).

In Erwartung steigender Zinsen ist ein massgeblicher Anteil des Goldvermögens von rund 110 Mio. Franken kurzfristig in Festgelder angelegt. Ein Betrag von rund 205 Mio. Franken wurde in Obligationen angelegt (vgl. Aufstellung im Anhang). Zu rund 45 Mio. Franken wurden eigene Obligationen aufgekauft.

Die Vermögensaufteilung setzt sich per 31. Dezember 2005 wie folgt zusammen:

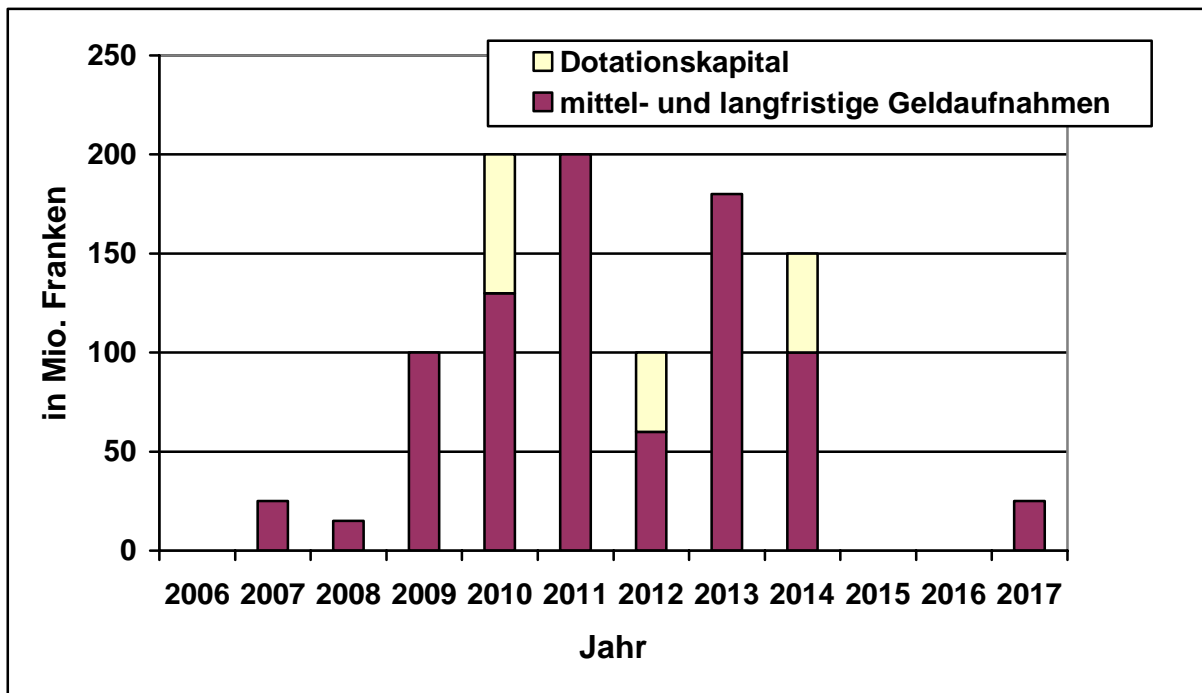
Liquidität/Festgeldanlagen	111.2	Mio. Franken
Obligationen/Pfandbriefe zu Marktwert	205.8	Mio. Franken

Abbildung 3: Fälligkeitsstruktur Festgeldanlagen, Obligationen/Pfandbriefe per 31.12.2005.



Die Fälligkeiten der mittelfristigen und langfristigen Verpflichtungen für die Jahre 2006 - 2017 präsentieren sich wie folgt:

Abbildung 4: Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.



Im Jahr 2005 wurde das Dotationskapital um 20 Mio. Franken reduziert und in 200'000 KB-Zertifikate à Nennwert 100 Franken umgewandelt (vgl. auch LRV 2005/109). Die KB-Zertifikate werden bis auf weiteres im Finanzvermögen gehalten. Sie sollen während den kommenden Jahren marktschonend abgestossen werden. Die Details zu den mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten gehen aus dem Anhang hervor.

6. Überführung Aktien und Anteilscheine in das Verwaltungsvermögen

Folgende Aktien und Anteilscheine im Gesamtbuchwert von 4'500'002 Franken sollen vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen überführt werden.

Table 14: Überführung Aktien und Anteilscheine in das Verwaltungsvermögen.

Bezeichnung	Anzahl	Nennwert	Buchwert Total im Fin.-Vermögen per 31.12.05 (vor Überführung)
Aktien			
Wasserversorgung Waldenburgerthal AG, Hölstein - Die Aktien sind seit längerer Zeit im Besitze des Kantons, wurden aber bisher nicht bilanziert	18	1'000.--	1.--
Geopower Basel AG, Basel - Beteiligung gemäss LRB vom 20.01.05 und ausserordentliche Abschreibung (320'000.--)	320	1'000.--	1.--
Anteilscheine			
Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob, Basel - Beteiligung gemäss LRB vom 13.01.05	45'000	100.--	4'500'000.--

Im Verwaltungsvermögen werden diese (wo noch nicht erfolgt) auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben. Gemäss §13 Abs. 3 des FHG hat der Erwerb von Wertschriften im Finanzvermögen ausschliesslich der Kapitalanlage zu dienen. Die aufgeführten Wertschriften erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Die Titel wurden im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben erworben. Aus diesen Gründen erfolgt eine Überführung ins Verwaltungsvermögen.

7. Abschlüsse der ausgelagerten Organisationseinheiten und der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten

7.1 Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel führt im Auftrag der beiden Kantone die gesetzlich vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch. Sie erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, die von den Regierungen festgelegt sind.

Die Rechnung 2005 der MFP schliesst mit einem Aufwand von 9.121 Mio. Franken (Budget: 8.418 Mio. Franken) und entsprechend mit einem Ertrag von ebenfalls 9.121 Mio. Franken (Budget: 8.418 Mio. Franken) ab. Die Differenz gegenüber dem Budget erklärt sich beim Aufwand in erster Linie durch die höheren Abschreibungen (+ 0.847 Mio. Franken) und beim Ertrag durch die höheren Einnahmen bei den Prüfgebühren für Fahrzeuge und Fahrschülerinnen (+ 0.749 Mio. Franken).

7.2 Übergabebilanzen FHBB und HPSA-BB

Gemäss Staatsvertrag über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) erstellen die Vorgängerinstitutionen Übergabebilanzen, deren Aktiven und Passiven nach von den Regierungen der Trägerkantone gemeinsam festgelegten Grundsätzen zu bewerten und zu übernehmen sind.¹⁰ Die vier Regierungen haben die entsprechenden Grundsätze und eine Gewährleistungsvereinbarung als Folge der Due Diligence Prüfung der Finanzkontrollen beschlossen. Alle Vorgängerinstitutionen haben ihre Abschlussbilanzen aufgrund der einheitlichen Vorgaben erstellt und von den Finanzkontrollen prüfen lassen. Die Genehmigung der Rechnung bzw. der Abschlussbilanz und die Berichterstattung an die politischen Behörden obliegt gemäss geltendem Recht den Hochschulräten der FHBB bzw. der HPSA-BB¹¹; sie ist zum Zeitpunkt der Genehmigung der Staatsrechnung durch den Regierungsrat noch nicht erfolgt, wird aber zum Zeitpunkt der Beratung im Landrat in Form der Geschäftsberichte der Institutionen vorliegen. Die Abschlussbesprechung der vier Finanzkontrollen zur Due Diligence findet im Mai 2006 statt.

Aufgrund der provisorischen Rechnungen kann davon ausgegangen werden, dass die FHBB und die HPSA-BB einen positiven Saldo ausweisen werden. Die FHBB weist bei einem Aufwand von 90.5 Mio. Franken Erträge von 92.5 Mio. Franken und somit einen Ertragsüberschuss von 2 Mio. Franken aus. In der laufenden Rechnungsperiode wurden 2.9 Mio. Franken an die Träger zurückgeführt (Auflösung von Rücklagen 2 Mio. Franken, RSA-Gelder 0.9 Mio. Franken). Das Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen und Rückstellungen beläuft sich auf 4.6 Mio. Franken. Mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr belaufen sich die freien Mittel der FHBB auf insgesamt 4.9 Mio. Franken. Der Abschluss der HPSA-BB war zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Staatsrechnung noch nicht in allen Teilen fertiggestellt. Bereits jetzt kann jedoch festgestellt werden, dass auch die Übergabebilanz der HPSA-BB freie Mittel von rund 0.5 Mio. Franken ausweisen wird.

Die von den vier Regierungen erlassenen Grundsätze für die Bewertung der Aktiven und Passiven legen fest, dass eine Vermögensübertragung als Reserve / Eigenkapital an die FHNW stattfindet, falls alle Beteiligte aufgrund der Übergabebilanzen über einen Aktivsaldo verfügen. Die Übertragung erfolgt im Verhältnis des Kostentragungsschlüssels der FHNW; massgebend ist der kleinste Aktivsaldo des entsprechenden Beteiligten, der vollständig überwiesen wird. Die Vermögensübertragung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen politischen Behörden und kommt nur zustande, falls sie in allen vier Kantonen genehmigt wird. An die FHNW überführte Rückstellungen, die bis Ende 2008 nicht zweckbestimmt verwendet werden, sind gemäss den vereinbarten Grundsätzen den ursprünglichen Trägern zurückzuerstatten. Die Finanzkontrollen werden Ende 2008 spezielle Prüfungen dazu durchführen. Mit diesen Regelungen wird dem Anliegen aller Vertragskantone Rechnung getragen, keine Leistungen zu Gunsten der anderen Träger zu erbringen.

¹⁰ SGS 649.22, § 34 Absatz 4.

¹¹ SGS 662.1 (Fachhochschulvertrag), § 31 Buchst. k; SGS 662.4 (HPSA-BB-Vertrag), § 32 Buchst. j.

Die Abschlussarbeiten bei den bisherigen Institutionen (FH Aargau, FHBB, HPSA-BB, FH Solothurn, Pädagogische Hochschule Solothurn) haben gezeigt, dass alle Institutionen ausser der FH Aargau freie Reserven aufweisen. Die Sonderstellung der FH Aargau ist darauf zurückzuführen, dass diese ein integrierter Bestandteil der Staatsrechnung war, keine Reserven bilden und aufgrund der in der Staatsrechnung nicht vorgesehenen Abgrenzungen keinen Aktivsaldo ausweisen konnte. Die Beurteilung der Geschäftsentwicklung der FHA in den letzten Jahren rechtfertigt den Schluss, dass die FHA entsprechende freie Mittel ausweisen könnte, wenn sie, wie die andern Teilschulen, autonom gewesen wäre. Damit dennoch dem Sinn und Geist der von den Regierungen abgeschlossenen Vereinbarung Rechnung getragen werden und die FHA die geplanten Mittel einbringen kann, hat der Regierungsrat des Kantons Aargau beschlossen, dem Grossen Rat einen Nachtragskredit im Umfang von 2.1 Mio. Franken zu beantragen.

Im Falle, dass der Aargauer Grossen Rat diesem Antrag zustimmt, würde dies dazu führen, dass die bisherigen Träger der FHBB und HPSA-BB im Umfang von 2.4 Mio. Fr. auf die Rückführung von freien Reserven verzichten würden (BS: 0.9 Mio. Fr., BL: 1.5 Mio. Fr.) (vgl. Antrag 8). In diesem Falle würde sich die Rückführung der stillen Reserven noch auf rund 2 Mio. Fr. belaufen.

Nicht an die FHNW überführte Mittel werden als ausserordentlicher Ertrag in der Staatsrechnung 2006 ausgewiesen. Der Regierungsrat wird über die Überführung beschliessen, sobald die genehmigten und geprüften Abschlüsse der Hochschulen vorliegen. Bereits in der Staatsrechnung 2005 berücksichtigt ist eine Rückführung von rund 1.9 Mio. Franken aus der FHBB (Auflösung von Rücklagen und Rückführung von RSA-Geldern, gemäss Budget).

7.3 Rechnung der Universität Basel

Die Jahresrechnung und die Berichterstattung der Universität Basel werden gemäss Universitätsvertrag vom Universitätsrat genehmigt und den politischen Behörden in Form des Geschäftsberichts zur Kenntnis gebracht werden. Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse wird die Universität ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen. Die von den Kantonen BS und BL ausbezahlten Beiträge entsprechen dem Budget (inklusive Sonderbeitrag 2005).

7.4 Abschluss des UKBB

Das Rechnungsjahr 2005 wird das Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) mit einem positiven Betriebsergebnis in der Höhe von 5.2 Mio. Franken abschliessen. Dieses erfreuliche Ergebnis ist zurückzuführen auf gegenüber dem Vorjahr verbesserte ambulante und stationäre Erträge einerseits sowie auf ein straffes Kostenmanagement andererseits. Hervorzuheben ist die nochmals optimierte Debitorenbewirtschaftung, sodass das Delkredere um 0.64 Mio. Franken zurückgefahren werden konnte.

Auch im 2005 konnte die Grenze von 40'000 Pflgetagen überschritten werden (exakt 40'912). Obwohl gegenüber dem Vorjahr nur 107 Pflgetage mehr realisiert werden konnten, hat sich der stationäre Ertrag infolge der erhöhten Entschädigung pro erbrachtem Pflgetag sowie Mehrleistungen bei Spezialbehandlungen (Stammzelltransplantationen) erhöht. Im ambulanten Be-

reich konnten die Erträge um 0.7 Mio. Franken auf 19.73 Mio. Franken (74'236 Behandlungen) gesteigert werden. Dies ist umso beachtlicher, als per Mitte 2005 der Taxpunktwert für den Tarmed von 0.95 Franken auf 0.91 Franken reduziert worden ist.

Aufwandseitig fallen vor allem die um 12% gestiegenen Medikamentenkosten und die zusätzlichen Fremdleistungen (+32%) ins Gewicht. Den erhöhten Mehrleistungen bei den Medikamenten stehen Mehrerträge für ambulant abgegebene Medikamente im Ausmass von 13,6% gegenüber. Bei den Fremdleistungen handelt es sich um auswärtige Laborleistungen und am Bruderholzspital eingekaufte Leistungen der Radiologie und Orthopädie. Erfreulicherweise konnten die Personalaufwände, trotz gesteigerter Leistungserbringung, stabil gehalten werden.

8. Abschreibung von überwiesenen Vorstössen

8.1 Motion der FDP-Fraktion: Verwendung des Kantonsanteils aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank für Schuldentilgung

Der Wortlaut der Motion lautet wie folgt:

"Am 22. September 2002 hat das Schweizervolk sowohl die Gold-Initiative wie den Gegenvorschlag abgelehnt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hatten damit einer konkreten Verwendung der anfallenden Mittel für eine bestimmte Aufgabe eine Absage erteilt.

Wird der Kantonsanteil am Golderlös für die Tilgung der Kantonsschulden eingesetzt, können sowohl die heutige als auch die kommende Generation davon profitieren, weil der Schuldendienst reduziert werden kann und andererseits der Wirtschaftsstandort der Region profitiert.

Aufgrund dieser Ausgangslage wird der Regierungsrat beauftragt

- 1. den Kantonsanteil aus dem Verkaufserlös der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank nachhaltig zur Tilgung der Schulden des Kantons zu verwenden und*
- 2. dem Landrat bis spätestens Ende 2005 eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten."*

Erwägungen

Der Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven im Umfang von 372.6 Mio. Franken ist so angelegt worden, dass die in den kommenden Jahren zur Rückzahlung fällig werdenden Verpflichtungen mit dem Golderlös gedeckt werden können. Der Golderlös wird aber auch in anderer Hinsicht für den nachhaltigen Abbau der Schulden verwendet. Mit den ausserordentlichen Abschreibungen der Investitionsbeiträge in der Rechnung 2005 wird die Abschreibungslast stark reduziert. Zudem werden Investitionsbeiträge, die nur unter bestimmten Voraussetzungen rückforderbar sind, nicht mehr aktiviert und somit nicht zukünftigen Generationen belastet.

Aus diesen Gründen wird beantragt, dass die Motion der FDP-Fraktion als erfüllt beschrieben wird.

8.2 Motion von Urs Baumann: Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaus auf der Verwaltung

Der Wortlaut der Motion lautet wie folgt:

"Antrag:

Der Regierungsrat wird beauftragt,

- a) verbindliche Vorschriften zu erlassen, wie vorzugehen ist, um inskünftig bei neu hinzukommenden Aufgaben ohne Mehrpersonal die Arbeit bewältigt und*
- b) wie der gesamte Personalbestand des Kantons Basel-Landschaft bis Ende 2005 plafoniert werden kann.*

Begründung:

Die Staatsrechnung für das vergangene Jahr, die Budgets 2003 und vermutlich 2004 ermutigen keineswegs zu einer euphorischen Beurteilung unserer kantonalen Finanzen. Hinzu kommt das vorhandene Damoklesschwert der Unterdeckung unserer Pensionskasse. Sowohl im Bund als auch in verschiedenen Kantonen (nicht nur Basel-Stadt) müssen inzwischen einschneidende Sanierungsmassnahmen der Staatsfinanzen ergriffen werden. Die wirtschaftlichen Perspektiven, bereits wird der Begriff Depression verwendet, lassen nicht auf bedeutende Ertragszunahmen beim Kanton Basel-Landschaft schliessen. Andererseits dürften sich gebunden Ausgaben, wie z.B. im Sozial- und Gesundheitsbereich, kaum substanziell reduzieren lassen. Deshalb muss sich der Regierungsrat HEUTE Gedanken darüber machen, wie er verhindern kann, um nicht MORGEN ebenfalls Notmassnahmen gezwungen zu werden.

Der neuesten Personalstatistik kann entnommen werden, dass fast alle Direktionen mehr Verwaltungspersonal beschäftigen als noch vor wenigen Jahren. Die Entwicklung des Personaufwandes widerspiegelt diese Tatsache.

Wie in parlamentarischen Vorstössen bereits öfters erwähnt, werden KMU zunehmend mit bürokratischen Forderungen belastet. In der Regel müssen die KMU bzw. die ganze Privatwirtschaft diese zusätzlichen Aufgaben ohne Mehrpersonal bewältigen. Im inzwischen zurückgezogenen Nachtragskreditbegehren zum Beispiel soll aufgrund der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (welch ein Wort!) eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. Die Ausbildung für diese Aufgabe beträgt in der Regel ein Tag. Die Aufgabe selbst könnte - wie in der Privatwirtschaft - auf mehrere Mitarbeiter verteilt werden. Dadurch wäre es möglich, durch eine andere Aufgabenverteilung neue Aufgaben ohne Personalzuwachs zu bewältigen. Andererseits fallen bestimmt auch beim Staat Aufgaben weg oder können in kürzerer Zeit erledigt werden. Bedeutende Investitionen in EDV-Applikationen wurden getätigt - ohne sichtbaren Rationalisierungseffekt.

Grosse, mittlere und kleine Unternehmungen sind täglich damit konfrontiert, Zusatzbelastungen ohne Mehrpersonal zu bewältigen - und schaffen es. Warum nicht der Staat?"

Erwägungen

Der Regierungsrat hat mit dem Budget 2005 einen Stellenplan eingeführt. Seither wird jede neue Stelle durch den Regierungsrat im Rahmen des Budgetprozesses einzeln bewilligt. Die Anzahl Stellen entwickelte sich wie folgt:

Table 15: Vergleich Soll-Stellenplan 2005/2006.

	Vollstellen Stichtag 31.12.2005	Soll- Stellenplan 2005	Soll- Stellenplan 2006
Vollstellen der kantonalen Verwaltung ohne refinanzierte Stellen beim KIGA, ohne Lehrpersonen und ohne Kantonsgericht	5'116.9	5'202.9	5'206.6
Vollstellen Kantonsgericht	203.5	204.5	213.6
Total Vollstellen	5'320.4	5'407.4	5'420.2

Auch mit dem Budget 2006 wurden praktisch keine neuen Stellen geschaffen und der geforderte Stellenstopp konnte eingehalten werden (zumindest in den Bereichen, welcher der Regierungsrat beeinflussen kann). Diese Entwicklung des Personalbestandes zeigt, dass die vom Regierungsrat eingeleiteten Massnahmen zur besseren Steuerung der Stellenentwicklung greifen und dazu führen, dass der Personalbestand nahezu plafoniert werden konnte.

Im neuesten Bericht von Standard & Poor's vom Februar 2005 (vgl. www.standardandpoors.com/ratingsdirect) wird der Kanton Basel-Landschaft wiederum mit dem AAA-Rating eingestuft. Als Begründung werden folgende Hauptstärken erwähnt:

- gute finanzielle Entwicklung über die letzten 5 Jahre
- eine hoch qualifizierte Verwaltungsführung ("highly sophisticated management"), welche die notwendigen Haushaltsentlastungsmassnahmen eingeleitet hat
- ein Netto-Zahler im Schweizerischen Finanzausgleichssystem
- im nationalen und internationalen Vergleich ein relativ grosses Wohlstandsniveau
- eine zunehmend diversifizierte Wirtschaft mit guten Wachstumsperspektiven

Als Schwächen werden im Bericht lediglich die folgenden zwei Punkte aufgeführt:

- leicht schwächerer Trend in der Budget-Entwicklung und
- eingeschränkte Flexibilität in der Erhöhung der Steuererträge wegen des starken Steuerwettbewerbs unter den Kantonen

Die Lagebeurteilung von Standard & Poor's zeigt auf, dass die Finanzpolitik des Regierungsrates von Standard & Poor's als gut beurteilt wird und dass das AAA-Rating nicht gefährdet ist.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird beantragt, dass die Motion von Urs Baumann als erfüllt abgeschlossen wird.

9. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 28. März 2006

Im Namen des Regierungsrates

Die Regierungspräsidentin: Elsbeth Schneider-Kenel

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2005

Vom 28. März 2006

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2005, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2005 wird Kenntnis genommen.
3. Die Motion 2005/044 von der FDP- Fraktion betreffend Verwendung des Kantonsanteils aus dem Verkauf der Goldreserven der Nationalbank für Schuldentilgung wird abgeschrieben.
4. Die Motion 2003/149 von Urs Baumann betreffend Bewahrung des AAA-Ratings des Kantons Basel-Landschaft durch Eindämmung des stetig steigenden Personalausbaus in der Verwaltung wird abgeschrieben.
5. Die Überführung folgender Aktien- und Anteilscheine im Gesamtbuchwert von 4'500'002 Franken vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen, wobei diese Titel auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben werden, wird genehmigt.

Bezeichnung	Anzahl	Nennwert	Buchwert Total im Fin.-Vermögen per 31.12.05 (vor Überführung)
Aktien			
Wasserversorgung Waldenburgertal AG, Hölstein - Die Aktien sind seit längerer Zeit im Besitze des Kantons, wurden aber bisher nicht bilanziert	18	1'000.--	1.--
Geopower Basel AG, Basel - Beteiligung gemäss LRB vom 20.01.05 und ausserordentliche Ab- schreibung (320'000.--)	320	1'000.--	1.--
Anteilscheine			
Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob, Basel - Beteiligung gemäss LRB vom 13.01.05	45'000	100.--	4'500'000.--

6. Die Zuweisung von 150 Mio. Franken in den Fonds zur Finanzierung des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.
7. Die Zuweisung von 13.6 Mio. Franken in den Wirtschaftsförderungsfonds, vorbehältlich des fakultativen Volksreferendums gemäss § 31 Absatz 1b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft.
8. Die Übertragung von freien Reserven an die FHNW wird im Umfang von maximal 1.5 Mio. Franken genehmigt, vorbehältlich entsprechender Beschlüsse der zuständigen politischen Gremien in den vier Vertragskantonen.

Liestal, 28. März 2006

Im Namen des Landrates

Die Regierungspräsidentin:
Elsbeth Schneider-Kenel

Der Landschreiber:
Walter Mundschin